

[Home](#)>[Klage vor Gericht](#)>[Wo und wie](#)>**Kosten****Kosten**

Deutschland

Diese Seite informiert über die Prozesskosten in Deutschland.

[Familienrecht - Scheidung](#)[Familienrecht - Sorgerecht der Kinder](#)[Familienrecht - Unterhalt](#)[Handelsrecht - Verträge](#)[Handelsrecht - Haftung](#)**Gebührenordnung für Rechtsberufe in Deutschland****Rechtsanwälte**

In Deutschland wird die Vergütung von Rechtsanwälten entweder durch das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) festgelegt oder basiert auf einer Vereinbarung zwischen dem Rechtsanwalt und dem Mandanten. Honorarvereinbarungen dienen stets als Alternative zu den gesetzlich vorgeschriebenen Gebühren. Dabei sind die Vorschriften des § 49b der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) und der §§ 3a bis 4b RVG zu beachten. Wenn ein Rechtsanwalt einen Mandanten vor Gericht vertritt, darf das vereinbarte Honorar den gesetzlich vorgeschriebenen Betrag nicht unterschreiten.

Das Vergütungsverzeichnis des RVG (Anlage 1 des RVG) umfasst Wertgebühren, Festgebühren oder Rahmengebühren für verschiedene rechtliche Dienstleistungen. Die Höhe der Gebühr hängt normalerweise vom Gegenstandswert ab, und die Gebührenbeträge für die verschiedenen Gegenstandswerte sind in Anlage 2 des RVG aufgeführt. Falls für einen Gegenstandswert Gebührenspannen angegeben sind, geben sie die höchste und die niedrigste Gebühr an, die für die jeweilige Leistung in Rechnung gestellt werden kann. Die angemessene Gebühr innerhalb dieser Spanne wird nach dem Umfang und der Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit, der Bedeutung der Angelegenheit, der finanziellen Situation des Mandanten sowie besonderer Haftungsrisiken des Rechtsanwalts bestimmt. Rahmengebühren finden unter anderem in Straf- und in Sozialrechtsfällen Anwendung.

Gerichtsvollzieher

Gerichtsvollzieher berechnen ihre Gebühren ausschließlich nach dem **Gerichtsvollzieherkostengesetz** (GvKostG). Für jede Tätigkeit des Gerichtsvollziehers ist eine **spezifische Gebühr** vorgesehen.

Kosten**Kosten im Zivilverfahren****Kosten für Prozessparteien im Zivilverfahren**

Im Zivilverfahren fallen üblicherweise Verfahrensgebühren an, die sich nach der Höhe der Forderung richten. Die Festlegung dieser Gebühren erfolgt in Zivilrechtsfällen gemäß dem Gerichtskostengesetz (GKG) und dem Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen (FamGKG). Die Gebührensätze sind im Kostenverzeichnis (Anlage 1 der entsprechenden Gesetze) festgelegt, wobei Anlage 2 die Gebührentabelle nach dem Gegenstandswert auflistet.

In allgemeinen zivilrechtlichen Verfahren und Familienstreitsachen, insbesondere bei Unterhaltssachen, beträgt der Gebührensatz 3,0 und in Ehesachen 2,0. In Kindschaftssachen, einschließlich des elterlichen Sorge- und Umgangsrechts, beträgt der Gebührensatz 0,5. Der Verfahrenswert wird wie folgt ermittelt: In **Ehesachen** legt das Gericht den Verfahrenswert nach eigenem Ermessen fest, unter Berücksichtigung des Umfangs, der Bedeutung der Angelegenheit und der Einkommensverhältnisse beider Ehegatten. Normalerweise entspricht der Verfahrenswert dem in drei Monaten erzielten Nettoeinkommen. In

Familienstreitsachen richtet sich der Wert in der Regel nach der Höhe der Forderung. Bei Unterhaltssachen ist der Wert auf die Höhe des beanspruchten Unterhalts begrenzt, aber höchstens auf einen Jahresunterhalt. Eventuelle ausstehende Beträge bis zum Zeitpunkt der Antragstellung werden ebenfalls berücksichtigt.

In **Kindschaftssachen**, einschließlich des elterlichen Sorge- und Umgangsrechts, beträgt der Verfahrenswert 4.000 EUR.

Wenn keine Vereinbarungen getroffen wurden, entstehen für die **Vertretung durch einen Rechtsanwalt vor Gericht Gebühren entsprechend dem Gegenstandswert**. Dieser entspricht in der Regel dem Verfahrenswert, der zur Ermittlung der Gerichtskosten festgesetzt wurde. Das

Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) legt genau fest, welche Gebühren zu welchen Sätzen für bestimmte Verfahren berechnet werden können. Anlage 2 des RVG listet die Gebührenbeträge nach dem Gegenstandswert auf.

In erstinstanzlichen Zivilsachen erhält der Rechtsanwalt normalerweise eine Verfahrensgebühr in Höhe des 1,3-fachen Satzes und eine Terminsgebühr in Höhe des 1,2-fachen Satzes. Bei Abschluss eines Vergleichs in der ersten Instanz erhält der Rechtsanwalt zusätzlich eine Einigungsgebühr mit einem Gebührensatz von 1,0.

Wann müssen die Kosten im Zivilverfahren bezahlt werden?

In üblichen Zivilangelegenheiten sowie in Unterhalts- und Ehesachen müssen die Gerichtsgebühren direkt bei Einreichung der Klage oder Stellung des Antrags beglichen werden. In **Familiensachen** werden die Gebühren **bei Abschluss** des Verfahrens fällig. Die Honorare des Rechtsanwalts werden in der Regel zum Abschluss des Mandats gezahlt, es sei denn, es wurde eine andere Vereinbarung getroffen. Der Rechtsanwalt hat jedoch das Recht, einen Vorschuss gemäß den gesetzlichen Bestimmungen zu verlangen.

Kosten im Strafverfahren**Kosten im Strafverfahren**

Die Kosten im Strafverfahren werden erst nach der rechtskräftigen Verurteilung in Rechnung gestellt. Die Gerichtskosten hängen von der Höhe der Strafe ab und liegen in der ersten Instanz zwischen 15.540 EUR und 11.000 EUR. Wenn keine speziellen Vereinbarungen mit dem Rechtsanwalt getroffen wurden, hat dieser Anspruch auf Gebühren sowohl als Verteidiger als auch als Vertreter anderer Beteiligter. Diese Gebühren sind in einem bestimmten Rahmen festgelegt.

Wann müssen die Kosten im Strafverfahren entrichtet werden?

Die Gerichtskosten sind nach einer rechtskräftigen Verurteilung zu entrichten. Die Honorare des Rechtsanwalts werden üblicherweise bei Abschluss des Mandats beglichen, es sei denn, es wurde eine abweichende Vereinbarung getroffen. Der Rechtsanwalt hat jedoch das Recht, einen Vorschuss gemäß den gesetzlichen Bestimmungen zu verlangen.

Kosten in Verfahren vor dem Verfassungsgericht

Kosten für Prozessparteien

Die Einreichung einer Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ist grundsätzlich kostenfrei, es sei denn, die Beschwerde wird in missbräuchlicher Absicht eingereicht (gemäß § 34 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes). Eine Vertretung, insbesondere durch einen Rechtsanwalt, ist nur dann erforderlich, wenn eine mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht stattfindet (gemäß § 22 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes).

Wann müssen die Kosten in Verfahren vor dem Verfassungsgericht entrichtet werden?

Die Anwaltskosten für Verfahren vor dem Verfassungsgericht müssen üblicherweise bei Abschluss des Mandats beglichen werden, sofern keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde. Der Rechtsanwalt hat jedoch gesetzlich das Recht, einen Vorschuss zu verlangen.

Informationspflichten des Rechtsanwalts/Rechtsbeistands

Rechte und Pflichten der Parteien

Der Rechtsanwalt hat die Aufgabe, den Mandanten umfassend zu informieren und zu beraten. Dabei muss er den sichersten und am wenigsten riskanten Weg aufzeigen, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Alle Risiken, die mit der Angelegenheit verbunden sind, müssen dem Mandanten offenbart werden, damit dieser in vollem Wissen der Sachlage entscheiden kann. Der Anwalt ist verpflichtet, die Fragen seines Mandanten vollständig und wahrheitsgemäß zu beantworten. Vor Einreichung einer Klage muss er dem Mandanten die Aussichten und Risiken des Verfahrens erklären, einschließlich der Kosten.

In bestimmten Fällen unterliegt der Rechtsanwalt einer **besonderen Informationspflicht**:

Wenn die zu erhebenden Gebühren vom Gegenstandswert abhängen, muss der Rechtsanwalt den Mandanten darauf hinweisen, bevor er das Mandat übernimmt (gemäß § 49b Absatz 5 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO)). Bei **Honorarvereinbarungen** muss der Rechtsanwalt darauf hinweisen, dass im Falle einer Kostenerstattung durch den Gegner nicht mehr als die gesetzlich festgelegte Vergütung erstattet wird (gemäß § 3a Absatz 1 Satz 3 des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG)).

Vor Abschluss einer Vereinbarung zur Vertretung vor einem **Arbeitsgericht** muss der Rechtsanwalt den Mandanten darauf hinzuweisen, dass eine Erstattung der Rechtsanwaltskosten nicht möglich ist (§ 12a Absatz 1 Satz 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes).

Kostenfestsetzung - Rechtsgrundlagen

Wo kann man sich über Kostengesetze in Deutschland informieren?

Man kann Informationen über die Kostengesetze in Deutschland entweder in Buchhandlungen kaufen oder kostenfrei die aktuelle Fassung im Internet herunterladen.

In welchen Sprachen liegen Informationen über Kostengesetze in Deutschland vor?

Die Informationen über die Kostengesetze in Deutschland sind in erster Linie in deutscher Sprache verfügbar.

Wo sind weitere Informationen über Verfahrenskosten erhältlich?

Online-Informationen über Verfahrenskosten

Die aktuellen Gesetzesfassungen können auf der Website <https://www.gesetze-im-internet.de/> eingesehen werden. Um die verschiedenen Gesetze zu den Kosten herunterzuladen, können die entsprechenden Abkürzungen (GKG, FamGKG, GNotKG, GvKostG und RVG) in die Suchfunktion eingegeben werden.

Wo werden Informationen zur Dauer einzelner Verfahrensarten veröffentlicht?

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht jährlich **statistische Berichte** zum Thema Rechtspflege. Der Bericht zu Zivilgerichten bietet beispielsweise Daten zur Dauer von Zivilverfahren in ganz Deutschland. Die Daten sind nach Ländern und den Bezirken der Oberlandesgerichte aufgeschlüsselt. Es gibt auch gesonderte Informationen für Amts- und Landgerichte sowie für erst- und zweitinstanzliche Verfahren. Der Bericht enthält spezifische statistische Angaben zur Dauer von Verfahren in ausgewählten Rechtsgebieten, wie zum Beispiel Arzthaftungs-, Verkehrsunfall- oder Reisevertragsachen.

Wo findet man Informationen über die ungefähren Kosten für verschiedene Arten von Gerichtsverfahren?

Es gibt Bücher, die sich mit dem Thema der durchschnittlichen Kosten im Zivilverfahren befassen. Diese Bücher können verschiedene Aspekte abdecken, einschließlich der rechtlichen Grundlagen, Strategien zur Kostenkontrolle, Fallstudien und Praxisbeispiele. Zudem sind online verschiedene Rechner verfügbar, **wie z.B. auf dem Justizportal des Landes Nordrhein-Westfalen**, mit denen sich die Verfahrensgebühren vorab berechnen lassen können.

Umsatzsteuer

Wo gibt es Informationen zur Umsatzsteuer? Wie hoch sind die Sätze?

Gerichte und Gerichtsvollzieher müssen keine Umsatzsteuer zahlen. Rechtsanwälte berechnen jedoch eine Umsatzsteuer von 19 %. Diese Summe wird separat als Kosten ausgewiesen und ist nicht in der Vergütung enthalten.

Prozesskostenhilfe

Anwendbare Einkommensgrenze bei Zivilsachen

Jede Person, die sich die Kosten für einen Rechtsstreit nicht oder nur teilweise leisten kann, kann Prozesskostenhilfe beantragen. Dabei werden die persönlichen und finanziellen Verhältnisse berücksichtigt. Die geplante rechtliche Auseinandersetzung muss Aussicht auf Erfolg haben und darf nicht mutwillig sein. Die prozessführende Person muss jedoch ihr Vermögen soweit wie zumutbar einsetzen. Je nach Einkommen kann Prozesskostenhilfe entweder ohne Ratenzahlung gewährt oder mit einer Verpflichtung zur Ratenzahlung verbunden werden. Das Bundesministerium der Justiz hat eine Broschüre mit dem Titel „**Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe**“ veröffentlicht. In dieser werden häufig gestellte Fragen anhand von Beispielen beantwortet.

Anwendbare Einkommensgrenze für beschuldigte Menschen in einem Strafverfahren

In einem Strafverfahren gibt es unterschiedliche Regeln für das Einkommen von beschuldigten Personen. Anders als bei der Prozesskostenhilfe für Kläger gelten keine festen Einkommensgrenzen für Beschuldigte. Stattdessen werden andere Kriterien berücksichtigt, um festzustellen, ob ihnen finanzielle Unterstützung gewährt wird.

Anwendbare Einkommensgrenze im Strafverfahren für Opfer von Straftaten

Für Menschen, die Opfer einer Straftat geworden sind, hängt die Prozesskostenhilfe von ihrem Einkommen ab. Dabei werden die erwarteten Kosten des Falls und die persönlichen Umstände des Klägers berücksichtigt, wie zum Beispiel Unterhaltsverpflichtungen und Wohnkosten. Es gibt flexible Einkommensgrenzen, und in einigen Fällen kann Prozesskostenhilfe mit der Verpflichtung zur Ratenzahlung gewährt werden.

Sonstige Bedingungen für die Gewährung von Prozesskostenhilfe für die Opfer von Straftaten

Für Opfer schwerer vorsätzlicher Gewalttaten gibt es eine besondere Regelung. Unabhängig von ihrer finanziellen Situation können sie einen Antrag auf kostenlose Rechtsberatung stellen.

Sonstige Bedingungen für die Gewährung von Prozesskostenhilfe für Angeklagte

Für beschuldigte Personen gibt es ebenfalls bestimmte Bedingungen für die Gewährung von Prozesskostenhilfe. Diese hängt nicht vom Einkommen ab, sondern von rechtlichen Faktoren. Dazu gehören die Schwere der angeklagten Tat, die zu erwartende Strafe, die Komplexität der Sachlage und die Frage, ob sich die beschuldigte Person selbst verteidigen kann. Ein Pflichtverteidiger wird immer dann bestellt, wenn die beschuldigte Person in Haft ist oder vor Gericht erscheinen muss, um über Haft oder Unterbringung zu entscheiden.

Kostenfreiheit

Gemäß § 183 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) müssen Personen, die anspruchsberechtigt sind, keine Kosten für das Verfahren vor den Sozialgerichten tragen. Dazu gehören Versicherte, Leistungsempfänger (einschließlich Hinterbliebenenleistungsempfänger), Behinderte oder deren Sonderrechtsnachfolger, wenn sie als Kläger oder Beklagte in dieser Eigenschaft beteiligt sind. Personen, die nicht unter § 183 fallen, müssen gemäß § 184 SGG für jede Streitsache eine Gebühr bezahlen. Die Gebühren betragen 150 EUR vor den Sozialgerichten, 225 EUR vor den Landessozialgerichten und 300 EUR vor dem Bundessozialgericht. § 197a SGG regelt, dass in bestimmten Fällen die Kosten nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes erhoben werden, wenn weder der Kläger noch der Beklagte zu den in § 183 SGG genannten Personen gehören. Im **Strafverfahren** gilt Folgendes: Wenn der Beschuldigte freigesprochen wird, die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt wird oder das Verfahren eingestellt wird, trägt die Staatskasse die Auslagen und notwendigen Kosten der Beschuldigten gemäß § 467 StPO. Wenn der Angeklagte verurteilt wird, muss er grundsätzlich die Kosten des Verfahrens selbst tragen, einschließlich der Vergütung des Pflichtverteidigers gemäß § 465 StPO.

Wann muss die Verlierer-Partei die Kosten der obsiegenden Partei übernehmen?

Die Partei, die den Prozess verliert, muss die Kosten des Gegners im Prozess übernehmen. Das umfasst die Gerichtskosten, die gesetzlichen Gebühren und Auslagen des Anwalts der anderen Partei, die Reisekosten und den Verdienstausfall, der durch das Erscheinen vor Gericht entstanden ist. Diese Kosten müssen notwendig gewesen sein, um angemessen für die eigenen Rechte einzustehen oder sich gegen eine Klage zu verteidigen.

Vergütung von Sachverständigen

Das Honorar für von Gerichten bestellte Sachverständige wird nach festgelegten Stundensätzen gemäß dem Justizvergütungs- und entschädigungsgesetz (JVEG) berechnet. Diese Kosten müssen von den Parteien des Verfahrens bezahlt werden.

Wenn eine Partei einen Sachverständigen privat beauftragt, um sich auf einen Rechtsstreit vorzubereiten, sind diese Kosten nicht Teil der Prozesskosten, über die im Urteil entschieden wird. Die Erstattung dieser Kosten muss separat beantragt werden. Falls eine Partei einen Sachverständigen für Beratung während des Rechtsstreits engagiert, hängt die Erstattung davon ab, ob diese Beratung im konkreten Fall erforderlich war.

Die Vergütung eines Sachverständigen, der vom Gericht zur Erhebung des Sachverständigenbeweises bestellt wird, wird von der unterlegenen Partei getragen. Wenn beide Parteien teilweise gewinnen und teilweise verlieren, teilen sie sich die Kosten entsprechend dem Ausgang des Rechtsstreits.

Vergütung von Übersetzern und Dolmetschern

Vom Gericht bestellte Dolmetscher und Übersetzer erhalten eine festgelegte Vergütung gemäß dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG). Diese Kosten müssen von den Parteien des Verfahrens bezahlt werden. Dolmetscher erhalten eine stundenbasierte Vergütung, während Übersetzer nach der Anzahl der übersetzten Zeilen vergütet werden. Im Strafverfahren werden die Kosten für Dolmetscher- und Übersetzerleistungen, die für Angeklagte oder betroffene Parteien erforderlich sind, von der Staatskasse getragen. Dies gilt, sofern die Leistungen notwendig sind für die Verteidigung oder die Ausübung der verfahrensmäßigen Rechte.

Links zum Thema

[Bundesministerium der Justiz](#)

[Arbeitsgemeinschaft Mediation des Deutschen Anwaltvereins](#)

[Bundes-Arbeitsgemeinschaft für Familienmediation e.V.](#)

[Bundesverband Mediation e.V.](#)

[Bundesverband Mediation in Wirtschaft und Arbeitswelt e.V.](#)

[CfM](#)

[Ombudsmann der privaten Banken](#)

[Ombudsmann der öffentlichen Banken](#)

[Deutsche Bundesbank Schlichtungsstelle](#)

[Ombudsmann der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe](#)

[Ombudsfrau der privaten Bausparkassen](#)

[Ombudsmann der Landesbausparkasse](#)

[Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen der Ärztekammern](#)

[Schlichtungsstelle Mobilität](#)

[Schlichtungsstelle Rechtsanwaltschaft](#)

[Reiseschiedsstelle](#)

[Schlichtungsstelle für den Nahverkehr in NRW](#)

[Ombudsmann Private Kranken- und Pflegeversicherung](#)

[Schlichtungsstelle des Bundesverbands Deutsche Bestatter](#)

[Schlichtungsstelle der Bundesnetzagentur](#)

[Ombudsmann Immobilien im Immobilienverband Deutschland](#)

[Schlichtungsstellen der Industrie- und Handelskammern](#)

[Gütestelle Honorar- und Vergaberecht](#)

[Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe](#)

[Aktuelle Gesetzesfassungen](#)

Dokumente zum Thema

[Länderbericht Deutschland über die Studie zur Kostentransparenz](#)   (565 Kb) 

Letzte Aktualisierung: 08/01/2024

Die verschiedenen Sprachfassungen dieser Seite werden von den betreffenden Mitgliedstaaten verwaltet. Die Übersetzung wurde vom Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission angefertigt. Es kann sein, dass Änderungen der zuständigen Behörden im Original in den Übersetzungen noch nicht berücksichtigt wurden. Die Kommission übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für Informationen, die dieses Dokument enthält oder auf die es verweist. Angaben zum Urheberrechtsschutz für EU-Websites sind dem rechtlichen Hinweis zu entnehmen.

Case Study 1 – Family law – Divorce – Germany

In this case study on family law (divorce), Member States were asked to advise the party filing for divorce on litigation costs in the following situations:

Case A – National situation: a couple gets married. Later they separate and agree to a divorce.

Case B – Transnational situation: Two nationals from Member State A marry in Member State A. After the wedding, the couple move to another Member State (Member State B) where they establish their residence. Shortly thereafter, the couple separates, with the wife returning to Member State A and the husband remaining in Member State B. The couple agrees to a divorce. Shortly after her return to Member State A, the wife files for a divorce before the courts of Member State B.

Costs in Germany

Costs for court and appeals

Case study	Court	Appeals
	Initial court fees	Initial court fees
Case A	Depends on income and assets.	Depends on income and assets.
Case B	Depends on income and assets.	Depends on income and assets.

Costs for lawyers

Case study	Lawyer
	Average costs
Case A	Depends on income and assets.
Case B	Depends on income and assets.

Costs for witness compensation and pledge or security

Case study	Witness compensation	Pledge or security
	Are witnesses compensated?	Does this exist and when and how is it used?
Case A	Yes, but witnesses are not normally required.	No
Case B	Yes, but witnesses are not normally required.	No

Costs for legal aid and other reimbursement

Case study	Legal aid	Reimbursement		
	When and under which conditions is it applicable?	Can the winning party obtain reimbursement of litigation costs?	If reimbursement is not total what is percentage in general?	Are there instances when legal aid should be reimbursed to the legal aid organisation?
Case A	Depends on income and assets.	Yes	Half	If the person's income and financial circumstances improve and in the case of payment by instalments.
Case B				

Costs for translation and interpretation

Case study	Translation		Interpretation		Other costs specific to cross-border disputes?
	When and under which conditions is it necessary?	Approximate costs?	When and under which conditions is it necessary?	Approximate costs?	Description
Case A					
Case B	At the court's discretion.	Usually EUR 1.55 per 55 keystrokes, plus expenses and turnover tax.	At the court's discretion.	EUR 70 per hour, plus expenses and turnover tax.	Service of documents abroad.

Last update: 08/11/2019

The national language version of this page is maintained by the respective Member State. The translations have been done by the European Commission service. Possible changes introduced in the original by the competent national authority may not be yet reflected in the translations. The European Commission accepts no responsibility or liability whatsoever with regard to any information or data contained or referred to in this document. Please refer to the legal notice to see copyright rules for the Member State responsible for this page.

Case Study 2 – Family law – Custody of children – Germany

In this case study on family law (custody of children), Member States were asked to advise the suing party on litigation costs in the following situations:

Case A – National situation: a couple have lived together unmarried for a number of years. They have a 3-year-old child at the time they separate. A court grants custody of the child to the mother and right of access to the father. The mother sues to limit the father's right of access.

Case B – Cross-border situation where you are a lawyer in Member State A: a couple have lived together unmarried in Member State B for a number of years. They have a child together but separate immediately after the birth of their child. A court in Member State B grants custody of the child to the mother and right of access to the father. The mother and child move to another Member State (Member State A) with the court's authorisation, while the father remains in Member State B. A few years later, the mother takes legal action in Member State A to change the father's right of access.

Costs in Germany

Costs of proceedings at first instance or appeal or for alternative dispute resolution

Case study	Proceedings at first instance	Appeal
	Initial costs of proceedings	Initial costs of proceedings

Case A	EUR 54.00	Appeal: EUR 108.00 Appeal on point of law: EUR 162.00
Case B	EUR 54.00	Appeal: EUR 108.00 Appeal on point of law: EUR 162.00

Lawyer, bailiff and expert fees

Case study	Lawyer		Expert	
	Is there a requirement for legal representation?	Average costs	Is there a requirement to call an expert?	Costs
Case A	No	First instance: EUR 622.00	At the court's discretion	EUR 100.00 per hour, plus expenses and VAT
Case B	No	First instance: EUR 622.00	At the court's discretion	EUR 100.00 per hour, plus expenses and VAT

Cost of covering witnesses' expenses

Case study	Witnesses' expenses	
	Are witnesses entitled to reimbursement of their expenses?	Costs
Case A	Yes	Up to EUR 21 per hour for earnings lost, plus travel and other expenses
Case B	Yes	Up to EUR 21 per hour for earnings lost, plus travel and other expenses

Costs of legal aid and reimbursement of other expenses

Case study	Legal aid	Reimbursement	
	What are the conditions?	Can the prevailing party request the award of litigation costs?	Are there instances where legal aid must be paid back?
Case A	Depending on income and assets	Yes	If the person's income and financial situation improve and in the case of payment by instalments.
Case B	Depending on income and assets	Yes	If the person's income and financial situation improve and in the case of payment by instalments.

Translation and interpretation costs

Case study	Translation		Interpretation		Are there other costs relating to cross-border disputes?	
	When and on what conditions is translation required?	Approximate cost	When and on what conditions is interpretation required?	Approximate cost	Description	Approximate cost
Case A						
Case B	At the court's discretion	In most cases EUR 1.55 per 55 characters, plus expenses and VAT	At the court's discretion	EUR 70 per hour, plus expenses and VAT	Costs of serving documents abroad	

Last update: 08/11/2019

The national language version of this page is maintained by the respective Member State. The translations have been done by the European Commission service. Possible changes introduced in the original by the competent national authority may not be yet reflected in the translations. The European Commission accepts no responsibility or liability whatsoever with regard to any information or data contained or referred to in this document. Please refer to the legal notice to see copyright rules for the Member State responsible for this page.

Case Study 3 – Family law – Maintenance – Germany

In this case study on family law (maintenance), Member States were asked to advise the suing party on litigation costs in the following situations:

Case A – National situation: a couple have lived together unmarried for a number of years. They have a 3-year-old child at the time they separate. The court grants custody of the child to the mother. The only point of disagreement concerns the amount to be paid by the father to the mother for the child's maintenance and upbringing. The mother sues with respect to this.

Case B – Cross-border situation where you are a lawyer in Member State A: a couple have lived together unmarried in Member State B for a number of years. They have a 3-year-old child at the time they separate. A court in Member State B grants custody of the child to the mother. With the agreement of the father, the mother and the child move to live in another Member State (Member State A) where they take up their residence.

The only point of disagreement concerns the amount to be paid by the father to the mother for the child's maintenance and upbringing. The mother sues with respect to this in Member State A.

Costs in Germany

Costs of proceedings at first instance or appeal

	Proceedings at first instance	Appeal
--	-------------------------------	--------

Case study		
	Initial court fees	Initial court fees
Case A	Depends on amount of maintenance claimed	Depends on amount of maintenance claimed
Case B	Depends on amount of maintenance claimed	Depends on amount of maintenance claimed

Lawyer, bailiff and expert fees

Case study	Lawyer		Bailiff		Expert	
	Is there a requirement for legal representation?	Average costs	Is there a requirement for a bailiff to be involved?	Costs following judgment	Is there a requirement to call an expert?	Costs
Case A	Yes	Depends on amount of maintenance claimed	No	Depends on type of enforcement measure	At the court's discretion	Based on hourly rates. Levels vary according to area of activity, but the maximum rate is EUR 100, plus expenses and VAT
Case B	Yes	Depends on amount of maintenance claimed	No	Depends on type of enforcement measure	At the court's discretion	Based on hourly rates. Levels vary according to area of activity, but the maximum rate is EUR 100, plus expenses and VAT

Cost of covering witnesses' expenses

Case study	Witnesses' expenses	
	Are witnesses entitled to reimbursement of their expenses?	Costs
Case A	Yes	Up to EUR 17 per hour for earnings lost plus travel and other expenses
Case B	Yes	Up to EUR 17 per hour for earnings lost plus travel and other expenses

Costs of legal aid and reimbursement of other expenses

Case study	Legal aid	Reimbursement	
	What are the conditions?	Can the prevailing party request the award of litigation costs?	Are there instances where legal aid must be paid back?
Case A	Depending on income and assets	Yes	If the person's income and financial situation improve and in the case of payment by instalments.
Case B	Depending on income and assets	Yes	If the person's income and financial situation improve and in the case of payment by instalments.

Translation and interpretation costs

	Translation	Interpretation	
--	-------------	----------------	--

Case study					Are there other costs relating to cross-border disputes?
	When and on what conditions is translation required?	Approximate cost	When and on what conditions is interpretation required?	Approximate cost	Description
Case A					
Case B	At the court's discretion	Generally EUR 1.55 per 55 characters, plus expenses and VAT	At the court's discretion	EUR 70 per hour, plus expenses and VAT	Costs of serving documents abroad

Last update: 08/11/2019

The national language version of this page is maintained by the respective Member State. The translations have been done by the European Commission service. Possible changes introduced in the original by the competent national authority may not be yet reflected in the translations. The European Commission accepts no responsibility or liability whatsoever with regard to any information or data contained or referred to in this document. Please refer to the legal notice to see copyright rules for the Member State responsible for this page.

Case Study 4 – Commercial law – Contracts – Germany

In these case studies on commercial law (contracts), Member States were asked to advise the seller on the costs of proceedings in the following situations:

Case A – National situation: a company delivers goods worth EUR 20 000. The seller is not paid because the buyer considers that the goods do not correspond to what was agreed.

The seller decides to sue for full payment.

Case B – Cross-border situation: a company based in Member State B delivers goods worth EUR 20 000 to a buyer in Member State A. The contract is written in the language of Member State B and falls under its jurisdiction. The buyer in Member State A refuses to pay because, in their opinion, the goods do not correspond to what was agreed. The seller decides to sue for full payment in Member State A on the basis of the contract entered into with the buyer.

Costs in Germany

Costs of proceedings at first instance or appeal

Case study	Proceedings at first instance	Appeal
	Initial court fees	Initial court fees
Case A	EUR 1 035.00	Appeal: EUR 1 380.00 Appeal on point of law: EUR 1 725.00
Case B	EUR 1 035.00	Appeal: EUR 1 380.00 EUR 1 725.00

Lawyer, bailiff and expert fees

Case study	Lawyer		Bailiff		Expert	
	Is there a requirement for legal representation?	Average costs	Is there a requirement for a bailiff to be involved?	Costs following judgment	Is there a requirement to call an expert?	Costs
Case A	Yes	First instance: EUR 2 231	No	Depends on type of enforcement measure	No	Based on hourly rates. Levels vary according to area of activity, but the maximum rate is EUR 125, plus expenses and VAT
Case B	Yes	First instance: EUR 2 231	No		No	Based on hourly rates. Levels vary according to area of activity, but the maximum rate is EUR 125, plus expenses and VAT

Cost of covering witnesses' expenses

Case study	Witnesses' expenses	
	Are witnesses entitled to reimbursement of their expenses?	Costs
Case A	Yes	Up to EUR 21 per hour for earnings lost, plus travel and other expenses
Case B	Yes	Up to EUR 21 per hour for earnings lost, plus travel and other expenses

Costs of legal aid and reimbursement of other expenses

Case study	Legal aid	Reimbursement

	When and on what conditions can legal aid be awarded?	When is legal aid awarded in full?	What are the conditions?	Can the prevailing party request the award of litigation costs?	What costs are not eligible for reimbursement?	Are there instances where legal aid must be paid back?
Case A	As a rule no legal aid is awarded to legal persons established outside the EU. General requirements: The party must be in a precarious financial situation (without income or assets), and the legal action must have reasonable prospects of success and must not appear to be vexatious.	If the disposable income of the party without income or assets does not exceed EUR 15 after deduction of certain basic allowances received by them or their family members and of housing and heating costs. Legal aid may also be granted in full in other cases, but must be reimbursed by instalments. The amount of the instalment depends on the disposable income.	1. On application (no lawyer required in order to apply) 2. Procedure still ongoing 3. See also column 1.	Yes, to the extent that they won	Costs not essential to their own legal action or defence	See column 2
Case B	See case A above	See case A above	See case A above	See case A above	See case A above	See case A above

Translation and interpretation costs

Case study	Translation		Interpretation		Are there other costs relating to cross-border disputes?
	When and on what conditions is translation required?	Approximate cost	When and on what conditions is interpretation required?	Approximate cost	Description
Case A					
Case B	In principle all written submissions to the court and all documentary evidence must be translated. The court may decide that the documents need not be translated if all the judges dealing with the case understand the language in question.	In most cases EUR 1.55 per 55 characters, plus expenses and VAT	The language of the courts is German. It may be decided to dispense with interpretation if all those present have a good command of the foreign language in question.	EUR 70 per hour, plus expenses and VAT	Costs of serving documents abroad

Last update: 08/11/2019

The national language version of this page is maintained by the respective Member State. The translations have been done by the European Commission service. Possible changes introduced in the original by the competent national authority may not be yet reflected in the translations. The European Commission accepts no responsibility or liability whatsoever with regard to any information or data contained or referred to in this document. Please refer to the legal notice to see copyright rules for the Member State responsible for this page.

Case Study 5 – Commercial law – Liability – Germany

In this case study on commercial law (liability), Member States were asked to advise the customer on litigation costs in the following situations:

Case A – National situation: a heating equipment manufacturer delivers a heating appliance to an installer. The installer sells the appliance to a customer and installs it in the customer's house. A fire breaks out shortly afterwards. Each of the parties (manufacturer, installer and end customer) is insured. The cause of the fire is disputed. Nobody wants to compensate the customer.

The customer decides to sue the heating equipment manufacturer, the installer and the insurance company for damages.

Case B – Cross-border situation: a heating equipment manufacturer in Member State B delivers a heating appliance to an installer in Member State C. The installer sells the appliance to a customer and installs it in the customer's house in Member State A. A fire breaks out shortly afterwards. Each of the parties (manufacturer, installer and end customer) is insured by an insurance company in their own Member State. The cause of the fire is disputed. Nobody wants to compensate the customer.

The customer decides to sue the heating equipment manufacturer, the installer and the insurance company in Member State A for damages in that Member State.

Costs in Germany

Costs of proceedings at first instance or appeal

Case study	Proceedings at first instance	Appeal
	Initial court fees	Initial court fees
Case A	Depends on level of damages claimed	Depends on level of damages claimed
Case B	Depends on level of damages claimed	Depends on level of damages claimed

Lawyer, bailiff and expert fees

Case study	Lawyer	Bailiff	Expert

	Is there a requirement for legal representation?	Average costs	Is there a requirement for a bailiff to be involved?	Costs following judgment	Is there a requirement to call an expert?	Costs
Case A	Yes	Depends on amount of claim	No	Depends on type of enforcement measure	Not required by law – it is up to the court to decide whether an expert is necessary	Based on hourly rates. Levels vary according to area of activity, but the maximum rate is EUR 125, plus expenses and VAT
Case B	Yes	Depends on amount of claim	No	Depends on type of enforcement measure	See above	Based on hourly rates. Levels vary according to area of activity, but the maximum rate is EUR 125, plus expenses and VAT

Cost of covering witnesses' expenses

Case study	Witnesses' expenses	
	Are witnesses entitled to reimbursement of their expenses?	Costs
Case A	Yes	Up to EUR 21 per hour for earnings lost, plus travel and other expenses
Case B	Yes	Up to EUR 21 per hour for earnings lost, plus travel and other expenses

Costs of legal aid and reimbursement of other expenses

Case study	Legal aid			Reimbursement		
	When and on what conditions can legal aid be awarded?	When is legal aid awarded in full?	What are the conditions?	Can the prevailing party request the award of litigation costs?	What costs are not eligible for reimbursement?	Are there instances where legal aid must be paid back?
Case A	See case study 4 above	See case study 4 above	See case study 4 above	See case study 4 above	See case study 4 above	See case study 4 above
Case B	See case study 4 above	See case study 4 above	See case study 4 above	See case study 4 above	See case study 4 above	See case study 4 above

Costs of translation and interpretation

Case study	Translation		Interpretation		Are there other costs relating to cross-border disputes?
	When and on what conditions is translation required?	Approximate cost	When and on what conditions is interpretation required?	Approximate cost	Description
Case A					
Case B	See case study 4 above	In most cases EUR 1.55 per 55 characters, plus expenses and VAT	See case study 4 above	EUR 70 per hour, plus expenses and VAT	Costs of serving documents abroad

The national language version of this page is maintained by the respective Member State. The translations have been done by the European Commission service. Possible changes introduced in the original by the competent national authority may not be yet reflected in the translations. The European Commission accepts no responsibility or liability whatsoever with regard to any information or data contained or referred to in this document. Please refer to the legal notice to see copyright rules for the Member State responsible for this page.